



Bundes- tags- brief

Nr.90 • Die Woche im Bundestag • 25.02.2011



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Hartz – IV – Reform – Grüne stehlen sich aus der Verantwortung

Nach langen und schwierigen Verhandlungen haben wir uns gemeinsam mit den Sozialdemokraten auf eine Reform des Arbeitslosengeldes II verständigt.

Ein Konsens mit den Grünen konnte hingegen nicht erreicht werden. Ihre Verhandlungsführer waren auch dieses Mal vor allem eines: „dagegen“ und ließen noch in der letzten Verhandlungsrunde keinen Willen zum Kompromiss erkennen, indem sie weiterhin auf ihrer ursprünglichen Maximalforderung beharrten, den Regelsatz von 359 auf 420 € zu erhöhen. Eine solche Erhöhung würde die öffentlichen Haushalte mit rund fünf Mrd. € belasten.

Bei der Reform des Arbeitslosengeldes II hatten wir zum einen dafür Sorge zu tragen, dass die Regelleistung nicht willkürlich erhöht, sondern – wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert – transparent und nachvollziehbar berechnet wird.

Zum anderen war es unser Ziel, die Regelungen zum Arbeitslosengeld II so auszurichten, dass es für möglichst viele Menschen eine Brücke in die Arbeit und kein Lebenszustand ist, in dem man sich einrichten kann.

Ein zentraler Bestandteil der Neuregelung ist deshalb das Bildungspaket, mit dem wir in die Fähigkeiten und Köpfe der Kinder und Jugendlichen im SGB-II-Bezug investieren und das nun noch einmal aufgestockt wird.

Beide Ziele haben wir mit den gefundenen Lösungen erreicht und zudem einen Kompromiss erzielt, der die Kommunen enorm entlastet.

Im Einzelnen haben wir uns dabei mit den Sozialdemokraten u.a. auf folgende Regelungen verständigt:

Der Regelsatz soll rückwirkend zum 1. Januar 2011 um fünf Euro und zum 1. Januar 2012 nochmals um weitere drei Euro steigen – unabhängig von der dann erfolgenden Anpassung, die die Preisentwicklung erforderlich macht.

Die Grundsicherung im Alter übernimmt der Bund bis 2014 zu 100 Prozent nach den im unechten Vermittlungsvorschlag vorgesehenen Stufen. Befristet für drei Jahre wird das Bildungspaket für bedürftige Kinder nochmals aufgestockt. Im Zeitraum 2011 – 2013 erhalten die Kommunen zusätzlich jährlich 400 Mio. € für Schulsozialarbeit und Mittagessen in den Horten.

Beim Mindestlohn für das Wach- und Sicherheitsgewerbe und für die Weiterbildungsbranche erfolgen Regelungen nach dem Entsendegesetz, beim Mindestlohn für die Zeitarbeit nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, wobei der jeweilige tarifliche Mindestlohn als eine absolute Lohnuntergrenze festgesetzt wird.

Landtagswahlen in Hamburg

Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen haben wir am vergangenen Sonntag hohe Verluste einstecken müssen und eine schmerzliche Niederlage erlitten.

Obwohl wir uns einen besseren Start in dieses Wahljahr gewünscht hätten, blicken wir optimistisch auf die nun anstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg.

Der Ausgang der Hamburger Wahl wurde maßgeblich von regionalen Fragenstellungen und Gegebenheiten bestimmt.

Zudem war die Hansestadt, in der die Sozialdemokraten über viele Jahrzehnte den Ersten Bürgermeister gestellt haben, für die Union nie ein einfaches Pflaster.

Wir sind deshalb stolz darauf, Hamburg ein Jahrzehnt regiert und die Stadt in dieser Zeit weit nach vorne gebracht zu haben.

Unser Dank gilt dem bisherigen Ersten Bürgermeister Christoph Ahlhaus und der Hamburger CDU, die trotz schlechter Umfragewerte in den letzten Wochen mit großer Geschlossenheit und Engagement für einen Wahlerfolg gekämpft haben.

Nicht aufgegangen ist zudem das opportunistische Kalkül der Grünen. Sie hatten im vergangenen November mit Blick auf ihr damaliges Umfragehoch die Koalition verlassen.

Der Ausgang der Hamburger Landtagswahlen macht deshalb auch deutlich, dass wer, allein mit Blick auf die eigenen Umfragewerte Neuwahlen herbeiführt, letztlich bei den Bürgerinnen und Bürgern kein Vertrauen gewinnen kann.

Unionsfraktion vertieft Beziehungen zur französischen Partnerpartei UMP

Im Rahmen eines zweitägigen Besuchs in Paris kamen in der vergangenen Woche der Geschäftsführende Fraktionsvorstand und führende Vertreter der UMP zu gemeinsamen Konsultationen zusammen.

Diese Gespräche und die Formulierung gemeinsamer Positionen bzw. Erklärungen zur Frage nach den Grenzen für das Internet, zur Gleichstellung von Mann und Frau, zur Heranführung der Westbalkanstaaten an die EU und zur Religionsfreiheit in der Welt sollen nach dem Willen beider Fraktionen den Beginn eines Prozesses zu einer verstärkten Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene in Europa im Sinne des Lissabon Vertrages bilden.

Um die rechtlichen Möglichkeiten, wie sie der Vertrag von Lissabon den nationalen Parlamenten eröffnet hat, auch nutzen zu können, müssen auf der Ebene der Fraktionen die Kontakte gestärkt und gemeinsame Positionen erarbeitet werden. Nur so können die nationalen Parlamente in Europa im europäischen Gesetzgebungsprozess ein stärkeres Gewicht erlangen.

Im Interesse der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas müssen sich nach beiderseitiger Auffassung die Mitgliedsländer über die damit verbundenen Fragen enger als bislang abstimmen.

Beide Seiten waren sich zudem einig, dass die uneingeschränkte Gewährung von Glaubensfreiheit auch innerhalb Europas von jedem Land garantiert werden muss, das der Europäischen Union beitreten will.

Migrationsbericht 2009

Die Zahl ausländischer Staatsbürger in Deutschland betrug im Jahr 2009 rund 7,1 Mio. Damit reiht sich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 8,7% in die seit Mitte der 1990er Jahre relativ konstanten Werte ein.

Rund ein Drittel (35,3%) der ausländischen Staatsbürger sind Unionsbürger, 24,2% stammen aus den alten und 11,2% aus den neuen EU-Mitgliedstaaten. Die größte Ausländergruppe ist nach wie vor die der türkischen Staatsangehörigen (24,8%).

Für das Jahr 2009 ist erneut ein negativer Gesamtwanderungssaldo (-12.800 Personen) festzustellen. Der negative Wanderungssaldo fällt jedoch deutlich geringer aus als im Vorjahr 2008 (-56.000 Personen).

Hauptherkunftsland der Zuwanderer ist weiterhin Polen mit 17,1% aller Zuzüge. Das quantitativ zweitwichtigste Herkunftsland war Rumänien mit 7,8%. Es folgten die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 4,1% vor der Türkei mit gleichfalls 4,1%.

Eine positive Wanderungsbilanz wurde mit Rumänien (+12.300) und Bulgarien (+9.000) verzeichnet, wohingegen sich mit Blick auf die Schweiz (-16.300) und die Türkei (-10.100) negative Salden ergaben.

96.000 Personen ließen sich im Jahr 2009 in Deutschland einbürgern. Von allen Eingebürgerten stammten 25,6% aus der Türkei, 6% aus Serbien, Montenegro, aus dem Irak, 4% und aus Polen, 3,7% aus Afghanistan, 3,3% aus dem Iran, 3,2%

(Quelle: Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge)